

Übung im Bereich Internationale Politik.

Thema: Die Rolle der USA in der NATO

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG	ii
KAPITEL 1. DIE ROLLE DER USA WÄHREND DES KALTEN KRIEGES	3
KAPITEL 2. DIE WELTPOLITISCHE ROLLE DER USA NACH BEENDIGUNG DES OST-WEST-KONFLIKTES	5
KAPITEL 3. NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT: DROHT EINE ABKOPPELUNG DER USA VON EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK?	7
AUSBLICK	15
LITERATURLISTE	16

EINLEITUNG

Mit dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Osteuropa und der Auflösung des Warschauer Paktes hat sich die sicherheitspolitische Situation in Europa grundlegend geändert. Durch den Wegfall der klaren Fronten wurde auch die Funktion der NATO in Frage gestellt. Der Ruf nach einer westeuropäischen oder gar gesamteuropäischen Sicherheitsidentität wurde lauter. Durch die geplante Aufwertung der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU) und der Aufstellung des deutsch-französischen Eurokorps wurden die Beziehungen zwischen den USA und Europa unmittelbar nach der "Wende" belastet. Durch die Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa ist der Eindruck entstanden, als ob die USA sich gänzlich vom "alten Kontinent" zurückziehen wollen. Allerdings konnten diese intraatlantischen Spannungen wieder geglättet werden, zumal durch eine mögliche Restauration des russischen Imperiums, das in den Wahlergebnissen zur Staatsduma mit den Erfolgen der Alt-Kommunisten und den Faschisten mit ihrem Führer Wladimir Schirinowski repräsentiert wurde, der offen eine "Heim-ins-Reich-holende"-Politik der ehemaligen Republiken der UdSSR propagiert, die vor allem die Balten, Polen, Ukrainer, Tschechen und Slowaken beängstigt, ein Wiederaufleben des alten Ost-West-Gegensatzes durchaus realistisch erscheint und damit eine nukleare Bedrohung nicht auszuschließen sei. In diesem Fall käme der atlantischen Allianz wieder ihr ursprünglicher Zweck zu Gute. Doch Spekulationen nützen angesichts der zahlreichen Konflikten in der Welt und insbesondere in Europa nichts, wenn es nun um die Frage geht, regionale Kriege zu beenden und solche künftig zu verhindern. Dabei haben sich die NATO und die USA schwer getan, sich dieser neuen Herausforderung zu stellen. Doch mit dem jüngsten NATO-Ultimatum an die Serben, ihre Waffen um Sarajewo abzuziehen, scheint ein erster Schritt getan zu sein, daß die NATO und insbesondere die USA zukünftig eine weltpolitisch wichtige Rolle als Auftragsnehmer der UNO spielen werden. Diese Rolle der USA innerhalb des Bündnisses stelle ich in dieser Hausarbeit dar.

KAPITEL 1

DIE ROLLE DER USA WÄHREND DES KALTEN KRIEGES

Nach dem 2. Weltkrieg spielte die USA die dominierende Rolle in Westeuropa. Nur sie konnte die Sicherheit der westeuropäischen Länder garantieren. Durch die kommunistische Machtergreifung, den sowjetischen Druck auf Griechenland und der Türkei sowie die Berlin-Blockade 1948/49 fühlten sich die westeuropäischen Länder vor einer Ausdehnung des Sowjet-Imperiums bedroht. Bereits 1947 formulierte US-Präsident Truman in einer Rede vor dem Kongreß, die später als die *Truman-Doktrin* in die Geschichte einging, die außenpolitischen Ziele der USA, die auch eng mit den wirtschaftlichen in Europa verbunden waren: "Die freien Völker erhoffen von uns Hilfe für ihren Kampf um die Freiheit. Wenn wir Schwäche zeigen, gefährden wir den Frieden der Welt und schaden der Wohlfahrt unseres eigenen Landes." Durch die Annahme der politischen wie wirtschaftlichen US-amerikanischen Unterstützung im Kampf gegen den sowjetischen Totalitarismus mußten die westeuropäischen Staaten ihre Unabhängigkeit aufgeben. Die Gründung der NATO war daher die Legalisierung des Zustandes, in der die USA die Rolle des Beschützers spielte.

Mit dem Austritt Frankreichs aus der NATO im Jahre 1966 wurde zum ersten Mal deutlich, daß sich ein europäisches Land zu sehr von der US-amerikanisch dominierten Sicherheitspolitik in der westlichen Allianz nicht genügend repräsentiert gefühlt hat. Frankreich selbst forderte nämlich nukleare Mitbestimmung und bezweifelte, daß der US-Atomschirm über Westeuropa noch die Funktion einer glaubwürdigen Abschreckung erfüllen könne. Präsident Charles de Gaulle wollte die Verteidigung seines Landes nicht den USA überlassen, die in der Kuba-Krise, ohne die Verbündeten auch nur zu konsultieren, bereit gewesen wären, den atomaren Krieg zu riskieren. Daher pochte Frankreich auf seine militärische Souveränität.

Intraatlantische Differenzen zwischen Westeuropa und den USA kamen vor allem mit Beginn der Reagan-Administration wieder zum Vorschein. Die forcierte Aufrüstungspolitik der USA und die kontroverse Diskussion in zahlreichen westeuropäischen Länder um den 1979 beschlossenen NATO-Doppelbeschuß zeigten, daß die US-amerikanische Militärpolitik mit der

Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Cruise Misseles infolge eines Scheiterns der Abrüstungsverhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die Mittelstreckenwaffen in Europa ihre eigenen sicherheitspolitischen Ziele durchzusetzen vermochten. Hinzu kam, daß aus Kreisen der amerikanischen Regierung Überlegungen laut wurden, die auf die Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges sowie die Begrenzung einer solchen Auseinandersetzung auf Mitteleuropa hinausliefen.

Bei Betrachtung dieser zwei markanten Divergenzen innerhalb des trans-atlantischen Bündnisses sowie der dem Bündnis infolge der weltpolitischen Entwicklung einige Zeit später angepaßten US-amerikanischen Militärstrategie wird die dominierende Rolle der USA innerhalb der NATO deutlich. Diese findet auch in der Kommandostruktur ihren Ausdruck. Der Oberbefehlshaber für Europa (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR) ist bisher immer ein amerikanischer General gewesen, der in Personalunion gleichzeitig der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa ist. "In dieser Doppelrolle hat der amerikanische SACEUR die besondere Bindung der USA an Europa verkörpert." Allerdings kam es nicht zum Bruch der Verteidigungscoalition, da der Ost-West-Konflikt eine integrierende Wirkung auf das nordatlantische Bündnis ausgeübt hatte, zumal vor allem die nicht Nuklearwaffen besitzenden Staaten wegen der Beistandsgarantie dem militärischen Schutz durch die USA sicher sein konnten.

KAPITEL 2

DIE WELTPOLITISCHE ROLLE DER USA NACH BEENDIGUNG DES OST-WEST-KONFLIKTES

Der rapide Zusammenbruch des kommunistischen Regimes in Mittel- und Ost-europa, die damit verbundene Auflösung des Warschauer Paktes und schließlich der Zerfall der Sowjetunion verursachten neue Rahmenbedingungen für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Die Regierung Bush hatte daher eine wichtige Aufgabe zu lösen: Sie mußte zu den überstürzenden Ereignissen in Osteuropa Stellung nehmen und hierzu ein Konzept entwickeln, wie sie die Welt nach dem Kalten Krieg in ihrem eigenen Interesse beeinflussen sollte. Mit besonderem Nachdruck war die Regierung Bush an einer permanenten Verankerung des sich wieder zu vereinigen Deutschlands in der NATO interessiert, "weil sie das alte transatlantische Bündnis nach wie vor als das wichtigste Instrument zur Durchsetzung amerikanischer Interessen in Europa ansah und das vereinigte Deutschland in dieser Weltregion voraussichtlich eine noch größere Rolle spielen würde." Das im November 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom verabschiedete neue Strategiekonzept sollte das Atlantische Bündnis an die veränderte weltpolitische Lage anpassen: Im Rahmen der "Erklärung über Frieden und Zusammenarbeit" einigten sich die Bündnispartner auf die Einrichtung eines Nordatlantischen Kooperationsrates. Ziel war es, mit dieser Institution den jungen demokratischen Staaten in Osteuropa die Erfahrungen und das Fachwissen der NATO-Mitglieder unter anderem in den Bereichen der Verteidigungsplanung und der Stellung des Militärs innerhalb einer demokratischen Gesellschaftsordnung zur Verfügung zu stellen, um somit einer schnelleren Demokratisierung Vorschub zu geben.

Mit dem Wegfall des Ostblockes wurde auch die Militärstrategie neu formuliert: Die "Flexible Response" wurde nicht länger für gültig erklärt. In dem Strategiedokument war selbst von einem Einsatz von Nuklearwaffen als "last resort" nicht mehr die Rede. Daraufhin faßte die Nukleare Planungsgruppe am 17. Oktober 1991 den Beschluß, alle 700 US-amerikanischen Lance-Kurzstreckenraketen sowie alle 1500 Atomgranaten aus Europa abziehen und zu vernichten. Ferner wurde die Zahl der in Europa stationierten US-amerikanischen und britischen Atombomben auf 800 halbiert.

Die Streitkräftestruktur wurde ebenfalls reformiert und in drei Kategorien gegliedert: 1. Schnelle Eingreifverbände mit hohem Präsenzgrad (Rapid Reaction Corps), die aus multinationalen, mobilen, kleinen Einheiten bestehen und für sogenannte "Out-of-area-Einsätze" geeignet sind, 2. Hauptverteidigungstreitkräfte, die aus binationalen Korps bestehen und 3. Reserveeinheiten. Dabei wird die US-Präsenz von 320.000 Soldaten auf rund 100.000 Mann verringert. Durch die Bildung von multinationalen Einheiten sollen aber die in Europa stationierten US-amerikanischen Streitkräfte besser integriert werden und so dauerhafter in Europa eingebunden werden.

KAPITEL 3

NACH DEM OST-WEST-KONFLIKT: DROHT EINE ABKOPPELUNG DER USA VON EINER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK?

In dem Hauptteil dieser Hausarbeit gehe ich auf die Gefahr einer Ent-fremdung zwischen den USA und Europa ein, die im Zuge der Aufwertung der West-eruropäischen Union (WEU) und der Gründung eines deutsch-französischen Euro-korps offen und ernsthaft diskutiert wurde und für erhebliche Spannungen innerhalb des transatlantischen Bündnisses gesorgt hat. Vorausgehend erörtere ich die Frage nach der Stabilität eines Bündnisses.

Staaten schließen sich zu Bündnissen zusammen, weil ihre Gesellschafts-ordnung auf gemeinsame Wertvorstellungen basiert und sie das Gleichgewicht der Kräfte erhalten wollen. Auf die NATO treffen diese Kriterien zu. Die Mitgliedstaaten waren bei der Gründung der NATO 1949 (bis auf Portugal) freiheitlich-demokratische Rechtsstaaten und wollten der sich ausbreitenden kommunistischen Hegemonialmacht in Europa mit einem Bündnis entgegentreten. "Aber Bündnisse sind bloß ein Derivat des Selbsthilfepinzips. Sie zielen darauf ab, die Macht eines Gegners durch den Zusammenschluß mit anderen Staaten auszubalancieren. Bündnisse institutionalisieren Kooperation gegen einen Dritten; der Gegner bleibt ausgeschlossen." Mit der Kapitulation des Gegners, also die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion, muß nun die Frage der Dauerhaftigkeit der NATO gestellt werden. Zwar bietet sie weiterhin militärischen Schutz, doch die unmittelbare nukleare Bedrohung ist entfallen. Und in der Zeit zwischen 1991 und 1992 ist eine politische Entwicklung eingetreten, die die NATO als einzige funktionierende Sicherheitsorganisation auch für die ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten attraktiv genug erscheinen läßt, dort Mitglied zu werden. In diesem Zusammenhang macht es Sinn, folgende theoretischen Überlegungen zu analysieren. So formuliert Harald Müller die These des Regimebedarfs, die allgemein auch als Sicherheitsdilemma begriffen wird. "In Regimen soll gerade die Zusammenarbeit mit dem Gegner stattfinden." Seit 1990 hat sich die sicherheitspolitische Kooperation der beiden Supermächte USA und UdSSR in die Richtung einer Konstruktion eines Systems kollektiver Sicherheit entwickelt. Neben enormen Fortschritten in

der Abrüstungspolitik ist die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrates ein gutes Beispiel für diesen Prozeß. Allerdings konnte das Sicherheitsdilemma, unter dem gerade die Visegrád- und die baltischen Staaten leiden, nicht gelöst werden. Vielmehr entstand Anfang der 90er Jahre der Eindruck, als ob die KSZE (Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa) ihren erfolgreichen Prozeß als "Managementagentur des Ost-West-Konfliktes" nun als eine Art gesamteuropäische Sicherheitsagentur fortsetzen könnte.

Deshalb ist die Frage legitim, ob die NATO zu einem Opfer ihres eigenen Erfolges wird? John Mearsheimer hat bereits 1990 vermutet, daß infolge des Wandels von einer bi- in eine multipolar ausgerichtete Welt, Instabilitäten, Kriege und Konflikte die Folgen wären. Davon nimmt er die NATO nicht aus. Seiner Meinung nach hätte nur die sowjetsche Bedrohung das Bündnis zusammengehalten. Nun könnte sogar ein Abzug der USA in Frage kommen, zumal diese Erwartung historisch gestützt sei, daß "in einem Hegemonialkonflikt siegreiche Bündnisse zunächst ihre Kooperation in einem Konzert der Mächte fortsetzen, um dann schließlich doch nach einigen Jahren auseinanderzubrechen."

Tendenzen hierfür gab es bereits 1991, als in der Londoner NATO-Erklärung von der "Schaffung einer europäischen Sicherheitsidentität" die Rede war. Diese fand ihren Ausdruck in der Aufwertung der WEU. Die WEU wurde im Vertrag von Maastricht zu einem integralen Bestandteil der Europäischen Union festgeschrieben, und damit bildet sie das Instrumentarium einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU: "Die Union ersucht die Westeuropäische Union... die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen." Desweiteren soll die WEU als "Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz entwickelt werden [und einen größeren Beitrag zur Solidarität innerhalb des Bündnisses leisten]." Gerade aber über den letzten Punkt gab es Differenzen zwischen den USA und der WEU.

Die USA hatte sich besonders über die Vorschläge, die WEU dem Europäischen Rat unterzuordnen, also dem Steuerungsgremium der EU, der sich aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten zusammensetzt, besorgt erklärt und befürchtet, daß die Absicht eine europäische Sicherheitgemeinschaft zu schaffen und die WEU als Brücke zwischen NATO und EU zu nutzen, auf eine "Marginalisierung" des atlantischen Bündnisses

hinauslaufe. Deswegen haben die Amerikaner bei einer Umgestaltung der WEU zu einem EU-Organ sogar mit dem Abbruch der Teilnahme an der KSZE und an europäischen Abrüstungsmaßnahmen gedroht.

Verschäuft wurden diese intraatlantischen Spannungen zwischen den USA und Europa mit der Bekanntgabe von Bundeskanzler Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterand am 14. Oktober 1991, ein deutsch-französisches Eurokorps zu gründen. "[Es] ist der Versuch, die Option einer Europäischen Militärischen Union offenzuhalten." Dieses Korps stellt eine beträchtliche Erweiterung der bereits bestehenden Brigade dar, und es hat sich aus der Erkenntnis entwickelt, daß die Sicherheitsvorsorge in Europa neu gestaltet werden müsse, vor allem wenn das amerikanische Interesse an Europa nachlassen sollte. Daher wird das Eurokorps als eine Keimzelle für eine eigenständige europäische Armee angesehen. Der frühere US-Verteidigungsminister Weinberger vermutet daher, daß mit dieser Politik die USA von Europa abgekoppelt werden würde.

Die zu erörternde Frage ist nun, ob das Korps eine sicherheitspolitische Notwendigkeit darstelle und ob die mit der Aufstellung verbundene Brückierung der USA nicht besser vermieden worden wäre? Da die Aufgaben des deutsch-französischen Eurokorps nicht klar definiert wurden, glaubten die USA, daß mit diesem Korps eine parallele Militärstruktur in Verbindung mit der WEU trete, die die NATO langfristig überflüssig machen könnte. Das zu lösende Kernproblem dieser ungenauen Definitionsfestlegung ist also die Frage, ob die Sicherheitspolitik der Europäischen Union weiterhin Angelegenheit der NATO bleiben soll und damit weiterhin unter der Federführung der USA?

Am Beispiel des deutsch-französischen Eurokorps wird aber deutlich, daß diese Institution ein wirksames Instrument des Krisenmanagements sowohl Europas als auch der NATO werden könnte, welches die KSZE aus unterschiedlichen Gründen nicht wahrnehmen kann. Die Tatsache, daß das Eurokorps vor allem von der USA kritisiert wurde, muß natürlich auch mit dem Hintergrund der internen Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich gesehen werden, die sowohl in der Sicherheits- als auch in der Wirtschaftspolitik (Stichwort: GATT-Verhandlungen) Ausdruck finden. So warfen die USA Deutschland vor, daß sie sich "vor dem Karren Frankreichs spannen" lassen, und somit den "ersten Stein des Verfalls der Atlantischen Allianz" werfen würden. Doch dieser Vorwurf konnte spätestens am 21. Januar

1993 beigelegt werden, als der französische Generalstabschef und der deutsche Generalinspekteur ein Abkommen mit dem obersten NATO-Befehlshaber Europa schlossen. Darin wurde festgeschrieben, daß "die Aufträge des Eurokorps im Rahmen der NATO für die Aufgaben nach Artikel V des NATO-Vertrags[...und außerhalb dieses Rahmens im Einsatzspektrum Friedenserhaltung [sic!] und Friedensschaffung sowie im humanitären Bereich stattfinden, [und] die Bedingung der Unterstellung des Eurokorps unter den SACEUR." Damit steht dieses Abkommen auch im Einklang mit dem Strategie-Konzept der NATO: "Integrated and multinational European structures, as they are further developed in the context of an emerging European Defence Identity, will also increasingly have a similarly important role to play in enhancing the Allies' ability to work together in the common defence..."

Das politische Dach dieses Eurokorps ist die WEU. Trotz der Einrichtung einer Planungszelle wird die von Frankreich so forciert betriebende Emanzipation der WEU daran scheitern, daß ohne die Unterstützung der US-Amerikaner und die Nutzung der NATO-Infrastruktur militärische Einsätze de facto fast unmöglich sind. Die USA haben diese Einschätzung anfänglich nicht geteilt, denn für sie ist "Sicherheit in Europa nicht teilbar": "Tatsächlich akzentuierte die Unterordnung der WEU unter die EG die Trennung und Unabhängigkeit des europäischen Pfeilers von der Allianz, da die EG nicht innerhalb der NATO steht."

Diese Art der Doppelgleisigkeit lehnte die USA ab, denn die Rolle eines gleichberechtigten Partners Amerikas in der NATO (also die Europäische Union), würde zu ernststen Kompetenzauseinandersetzungen innerhalb des Bündnisses führen. Außerdem befürchteten die USA den Verlust der Rolle, als einziges Land nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR eine handlungsfähige Weltmacht zu spielen. Doch andererseits ist die atomare Sicherheitsgarantie der USA eine wichtige Option für sie im Verhältnis mit den europäischen Bündnispartnern. Denn ohne die USA hätten die westeuropäischen Staaten mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens keinen nuklearen Schutz. Ein weiterer Aspekt für die europäischen Staaten, auf die USA in einem Sicherheitsbündnis, wie das die NATO es bietet, nicht zu verzichten, ist die Tatsache, daß die NATO einen globalen Einfluß ausübt, der von der Kontrolle der Seewege über den gesicherten Zugang zu Handelspartnern in der Welt bis hin zu der Prävention feindseliger Machtkonzentrationen reicht.

Gerade der letzte Punkt gewinnt künftig an Bedeutung: "Angesichts möglicher Bedrohungen durch die fortschreitende Proliferation von Atomwaffen in Entwicklungsländern [sowie die] potentielle Ausweitung des Nord-Süd-Konfliktes" bergen neue Gefahren für die globale Stabilität, wie sie an den Beispielen der Irakinvasion in Kuwait, dem Kashmirkonflikt zwischen Pakistan und Indien oder dem immer noch andauernden Kalten Krieg zwischen Nord- und Südkorea bereits deutlich geworden. Dabei spielt der Bürgerkrieg in Jugoslawien eine untergeordnete Rolle, da hier keinerlei großen wirtschaftlichen Interessen (Absatzmarkt oder Rohstoffe) der Weltmacht USA zum Tragen kommen. Anders als bei der Irakinvasion, als die USA die Rolle der Weltpolizei zur Sicherung ihrer eigenen Interessen, die Aufrechterhaltung der Ölversorgung, gespielt hat, verhielt sie sich im Jugoslawien-Konflikt. Die USA hielten sich aus diesem Bürgerkrieg mit dem Hinweis heraus, dies sei eine rein europäische Angelegenheit.

Erst im März 1992 schlug US-Außenminister Baker ein gemeinsames Vorgehen von EG und USA in diesem Bürgerkrieg vor. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber bereits auch schon die UNO eingeschaltet, so daß sich die Regierung Bush doch zu einem verstärkten Engagement gezwungen sah. Allerdings konnte bis zum NATO-Ultimatum trotz zahlreicher Vermittlungsversuche zwischen den Konfliktparteien und der Verhängung von Waffen-, Luft- und Ölembargos kein Friedensergebnis erzielt werden. Im Gegenteil: Der Krieg eskalierte in ein anarchisches Abschlachten der Zivilbevölkerung Bosniens und Herzegowinas.

Die Europäer, die selbst uneins über eine gemeinsame Jugoslawienpolitik sind, wie das jüngste Handelsembargo Griechenlands gegen die frühere jugoslawische Teilrepublik Mazedonien deutlich macht, wendeten sich wieder an die USA um Unterstützung in diesem Konflikt. Die Clinton-Administration war aber nach ihrer Wahl mit dem Ziel angetreten, das Bild einer "Rambo-Mentalität" in der Sicherheitspolitik zu korrigieren. Dieser grundlegende Wandel in der US-Politik fand aber bereits schon unter Bush nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes Ausdruck in der stärker als bisher unterstützenden Haltung der UNO und ihrer friedenserhaltenden Operationen sowie in den konkreten Sparmaßnahmen im Verteidigungshaushalt, die aber unter Clinton forciert wurden. Der anfängliche Widerstand gegen eine europäische Verteidigungsidentität wurde mit der Erkenntnis aufgegeben, daß

"das Eurokorps aus militärischen Sachzwängen Frankreich näher an die NATO heran, als Deutschland von ihr wegführen würde."

Dies mag wohl auch der Grund gewesen sein, warum die Spannungen zwischen den USA und Westeuropa im vergangenen Jahr endgültig beigelegt worden sind, und die EU auf eine eigenständige Verteidigungsidentität, die nicht mit der NATO in Einklang gestanden hätte, verzichtet hat. Stattdessen haben auch die USA erkannt, daß die europäische Bereitschaft, militärische Verantwortung zu übernehmen, für sie natürlich auch eine Entlastung in finanzieller und sicherheitspolitischer Hinsicht bringen würde.

Zusammenfassend kann man zu dem Ergebnis kommen, daß die Clinton-Administration die grundlegenden Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Bush fortzusetzen versteht. Die Bush-Administration vertrat den Standpunkt, daß "Nordamerika und Europa bei der Regelung der aktuellen und künftigen Sicherheitsprobleme in Europa und in der Welt weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit angewiesen seien." Dabei legte die USA einen Schwerpunkt in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik auf die "Neue Weltordnung", nach der dem Völkerrecht und der Rechtsstaatlichkeit mehr Geltung verschafft werden sollte. Hierbei würden die UNO eine wichtige Rolle spielen. Die USA zeigten sich aber unter Clinton nach anfänglichem Zögern gewillt, sich nicht länger von den Serben an "der Nase heranzuführen" lassen, da dieses schon die Frage aufgeworfen hat, inwieweit sind die NATO, also Europäer und Amerikaner, überhaupt noch handlungsfähig bei regionalen Konflikten? Das NATO-Ultimatum ist dafür ein ernstzunehmender erster Akt in der Korrektur des entstandenen Bildes einer "vor sich hin dümpelnden NATO", in der die USA auch ihren Führungsanspruch wieder unter Beweis stellen kann, der von den Europäern gewünscht und akzeptiert wird, weil die EU sich als handlungsunfähig erwiesen hat.

Ein wichtiger Augenmerk im Verhältnis zwischen der USA und der NATO gilt auch noch der Politik mit Rußland. Auch hier zeigt sich, daß die USA weiterhin die führende Rolle, die sie wie während des Kalten Krieges inne hatte, spielt. Die Partnerschaft für den Frieden, die eine erste Vorstufe zu einer Mitgliedschaft der ehemaligen Ostblockstaaten darstellen soll, hat sich aus der Haltung der USA entwickelt, keine Politik zu betreiben, die Rußland vor dem Kopf stoßen könnte und Wasser auf die Mühlen der Faschisten gießen und somit den Reformprozeß zum Scheitern bringen würde. Deutlich wurde diese Außenpolitik in der Europareise Bill Clintons im Januar diesen

Jahres, deren Ergebnisse als Erfolg bezeichnet werden dürfen: Den Westeuropäern vermittelte er das Gefühl weiterer Geborgenheit im atlantischen Bündnis, die in die NATO strebenden osteuropäischen Länder akzeptierten die Partnerschaft für den Frieden und die Unterzeichnung des Vertrages über den Abzug aller Atomwaffen aus der Ukraine in Moskau gelang ebenfalls. Clinton präsentierte sich als "entschiedener, entscheidener Führer der westlichen Welt."

Die Konsultationen in weltpolitischen Fragen zwischen den USA und Rußland machen deutlich, daß beide Länder gewillt sind, die globalen Sicherheitsprobleme in einem Regime der Internationalen Sicherheit gemeinsam zu lösen. Die Sendung russischer Blauhelmtuppen nach Jugoslawien haben zwar Gründe, die im Panslawismus zu suchen sind, in dem Russen und Serben miteinander verbunden sind, können aber durchaus als ein Indiz für die Kooperation angesehen werden.

AUSBLICK

Die transatlantische Partnerschaft zwischen Europa und den USA wird auch in Zukunft bestehen. Die anfänglichen Differenzen innerhalb des Bündnisses aufgrund einer Aufwertung der WEU und der Aufstellung eines deutsch-französischen Eurokorps sind beigelegt. Die jüngsten politischen Entwicklungen in Rußland mit dem Wahlerfolg der Faschisten und Altkommunisten haben unbeabsichtigt dazu geführt, daß sich das Bündnis wieder seiner militärischen Sicherheitsgarantie bewußt wurde. Hinzu kommt die mögliche Gefahr, daß der alte Ost-West-Gegensatz wieder aufleben könnte. Andererseits hat die NATO mit einer sich Formen annehmenden Außen- und Sicherheitspolitik der Clinton-Administration, bei der man zuerst den Eindruck haben könnte, die USA mischen sich nur noch ein, wo ihre Interessen unmittelbar bedroht seien, ihre Glaubwürdigkeit wieder zurückgewonnen und wird in Zukunft auch als *Bündnis* auftreten, das friedensschaffende Operationen im Auftrag der UNO durchführen wird.

Es hat sich gezeigt, daß "gegen den erklärten Willen der Vereinigten Staaten im europäisch-amerikanischen Verhältnis herzlich wenig [läuft]." Eine Abkoppelung der USA von der europäischen Sicherheitspolitik findet also nicht statt. Vorstellungen einer reisolationistischen Haltung der USA, die

die USA schon einmal bis 1917 (Monroe-Doktrin) praktizierte, traten nicht ein.

Die Militärpräsenz der USA in Europa ist auch am besten dazu geeignet, im Mittelmeerraum für Frieden zu sorgen, von dort aus können sie nämlich "ihren Einfluß zum Vorteil aller Bündnispartner auf den mittelöstlichen Krisenherd ausüben. Die künftige Sicherheit Europas wird sich eben in viel stärkerem Maße an seiner Südflanke entscheiden." Als mögliche Gefahr sei an dieser Stelle nur die Proliferation genannt, die dort ein ungeahntes Ausmaß anzunehmen scheint. Der 2.Golfkrieg führte uns dieses Problem bereits vor Augen, wenn Wirtschaftsinteressen (Erdöl) bedroht sind.

LITERATURLISTE